

Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung vorhabenbezogener Bebauungsplan „PV-Anlage Neuendorf / Alt Bork“ der Stadt Brück

für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück am 07.10.2021

über die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf des o.g. Bebauungsplans.

Mit Schreiben vom 23.02.2021 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB unter Fristsetzung bis zum 26.03.2021 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplans aufgefordert.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 22.02.2021 bis einschließlich 26.03.2021 statt.

Nachstehende Anregungen und Hinweise zur Planung gingen während der Beteiligungsfrist ein. Das beauftragte Büro Knoblich hat gemeinsam mit der Verwaltung nachfolgendes Abwägungsprotokoll ausgearbeitet.

Inhalt

Tabelle 1: Aufstellung der mit Schreiben vom 23.02.2021 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden	2
Tabelle 2: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben	4
Tabelle 3: Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit	4
Tabelle 4: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden	5
Tabelle 5: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit	37
Tabelle 6: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben	37

Tabelle 1: Aufstellung der mit Schreiben vom 23.02.2021 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
1	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Bauordnungsamt	24.03.2021
2	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Regionale Planungsstelle	25.02.2021
3	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5	23.03.2021
4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege	02.03.2021
5	Landesamt für Bauen und Verkehr	09.03.2021
6	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	16.03.2021
7	Landesamt für Umwelt	24.03.2021
8	Landesbetrieb Straßenwesen	08.03.2021
9	Die Autobahn GmbH des Bundes	09.04.2021
10	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Dippmannsdorf	07.04.2021
11	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst	05.03.2021
12	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	24.03.2021
13	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“	23.02.2021
14	Abwasserzweckverband „Planetal“	10.02.2021
15	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“	-----
16	Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“	01.03.2021
17	GDMcom mbH	25.02.2021
18	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	09.02.2021
19	E.DIS AG	09.02.2021
20	50Hertz Transmission GmbH	09.02.2021
21	Deutsche Telekom Technik GmbH	11.03.2021
22	Enerparc AG	16.02.2021

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr.

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
23	1&1 Versatel Deutschland GmbH	16.02.2021
24	NOTUS energy Plan GmbH & Co. KG	10.02.2021
25	PLEdoc GmbH	09.02.2021
26	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	09.02.2021
27	Saferay operations GmbH	09.02.2021
28	Stadt Treuenbrietzen	-----
29	Stadt Beelitz	25.02.2021
30	Gemeinde Borkheide	16.03.2021
31	Gemeinde Linthe	05.03.2021

Tabelle 2: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben

Nr.	Träger öffentlicher Belange
15	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“
28	Stadt Treuenbrietzen

Tabelle 3: Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

Nr.	Einwender	Posteingang
--	-----	-----

Tabelle 4: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden

TöB-Nr.:	1	Name:	Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum:	22.03.2021
-----------------	----------	--------------	---	---------------	-------------------

Ifd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.01	<p>Untere Wasserbehörde</p> <p>Im Umweltbericht wird aufgeführt, dass sich im süd-westlichen-Bereich des Bebauungsplanes ein Oberflächengewässer (Brück-Neuendorfer-Kanal) befindet und dass zum Gewässer ein Abstand von 5 m zu halten ist oder es innerhalb der 5 m einer wasserrechtlichen Genehmigung bedarf. Diese Feststellung sollte in die Planzeichnung mit aufgenommen werden, da dies auch Einfriedungen betrifft.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird unter III. „Hinweise und nachrichtliche Übernahmen“ auf der Planzeichnung und im Kapitel 4.3 „Geschützte Gebiet nach Naturschutzrecht und Wasserrecht“ in der Begründung ergänzt.</p>
1.02	<p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</p> <p>Im Zuge der Errichtung ist zu beachten, dass im Vorhabenbereich ein geringer Grundwasserflurabstand von ≤ 1 m u GOK vorherrscht. Dies hat zur Folge, dass ein Einsatz von mineralischen Bauersatzstoffen (RC-Material) (z.B. für Schottertrag-/Frostschuttschichten) aus der Abfallwirtschaft im Vorhabenbereich grundsätzlich nicht zulässig ist, da der für einen Einsatz von RC-Material notwendige Mindestabstand von 1 m zwischen der Schüttkörperbasis und dem höchsten zu erwartenden Grundwasserstand (HGW) somit nicht hinreichend gewährleistet ist.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird im Kapitel 13 „Hinweise“ in der Begründung ergänzt.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.03	<p>Untere Bodenschutzbehörde</p> <p>Für das in der Entwurfsplanung dargestellte Vorhabengebiet sind keine Eintragungen von Altlasten und/oder Altlastenverdachtsflächen registriert. In Anlehnung an § 34 (1) und (2) BauGB sind bei der Aufstellung des Bebauungsplanes (BPL) insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu berücksichtigen. Grundsätzlich darf der BPL keine auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten zurückgehenden Gefahren i.S.d. BBodSchG hervorrufen oder festschreiben.</p> <p>Bei bestehendem Verdacht auf mögliche Belastungen des Baugrundstückes ist dem nachzugehen. Ob für die angestrebten Nutzungen tatsächlich eine Gefahr vorliegt, ist dann im Wege einer Sachverhaltsermittlung gemäß den Vorgaben/Anforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) festzustellen.</p> <p>Bei bekannten Bodenbelastungen sind lokale Abgrenzungen von Gebieten/Teilflächen mit erhöhten Schadstoffgehalten i.S.v. § 2 (3) BBodSchG im FNP/ BPL in Form einer Bodenbelastungskarte zu kennzeichnen. Nach § 5 (5) BauGB ist darzulegen, welche Bodenbelastungen bekannt sind (Ergebnisse von Untersuchungen und Begutachtungen) und welche Gründe für die Ausweisung der baulichen Nutzungen trotz einer bekannten Bodenbelastung maßgebend sind. Eine Zuordnung der für das Plangebiet maßgeblichen Hintergrundwerte (§ 2 Nr. 9 BBodSchV) soll in Abstimmung mit der UBB erfolgen.</p>	<p>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</p> <p>Bodenbelastungen sind im Plangebiet nicht bekannt, das geplante Vorhaben ist nicht geeignet, auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten zurückgehenden Gefahren i.S.d. BBodSchG hervorzurufen.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.04	<p>Untere Naturschutzbehörde</p> <p>Bei der Aufstellung eines Bauleitplans sind gemäß § 9 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Soweit ihnen nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies gemäß § 9 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG zu begründen.</p> <p>Hier fehlt noch die Berücksichtigung des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark und des Landschaftsplans. Diese Planinhalte sind entsprechend der gesetzlichen Bestimmung zu ergänzen.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Planinhalte aus den genannten Planwerken werden in Kapitel 1.2.2 im Umweltbericht ergänzt.</p>
1.05	<p>Die Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb eines regionalen, teilweise vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zertifizierten Flächenpools abgelöst werden, die von der</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flächenagentur Brandenburg GmbH (https://www.flaechenagentur.de/), • Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (https://bbgimmo.de/) oder dem • Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V. (https://www.naturpark-nuthenieplitz.de/naturparkverein/) oder dem verwaltet werden. Gegebenenfalls außerhalb des B-Plans auszuführende Ausgleichsmaßnahmen sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern, insbesondere wenn die dafür genutzte Fläche nicht im öffentlichen Eigentum steht. 	<p>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</p> <p>Gemäß Bilanzierung im Umweltbericht weist das Vorhaben einen Kompensationsüberschuss auf, so dass externe Kompensationsmaßnahmen nicht erforderlich sind.</p>
1.06	<p>Die Textstellen, die auf Regelungen des SächsNatSchG Bezug nehmen, sind zu überarbeiten, da es in Brandenburg nicht anzuwenden ist, sondern das BbgNatSchAG.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Begründung wird im Kapitel 4.3 entsprechend angepasst.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.07	<p>Fachdienst Landwirtschaft</p> <p>Die für das Planvorhaben vorgesehene Fläche wird derzeit laut Feldblockkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark durch den Landwirt Manfred Kaplick genutzt.</p> <p>Durch die Umsetzung des Planvorhabens wird landwirtschaftliche Nutzfläche nachhaltig für die landwirtschaftliche Nutzung entzogen. Damit wird die Agrarstruktur negativ beeinflusst.</p> <p>Der Baubeginn und -verlauf sollte mit dem aktuellen Flächenbewirtschafter abgestimmt werden.</p>	<p>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</p> <p>Die Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden.</p> <p>Der Hinweis auf die Abstimmung mit dem Flächenbewirtschafter wird an den Vorhabenträger weitergeleitet.</p>
1.08	<p>Fachdienst Technische Bauaufsicht, Bereich Brandschutz</p> <p>Nach den Vorgaben des BauGB sind u. a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen [§ 1 (6) Nr. 8e BauGB]. Daher ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung, auf Grund der vorgesehenen Nutzung „SO“ und GFZ N.N sind mindestens 800 l x min-1 für zwei Stunden erforderlich, sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis von 300 Metern um jedes Bauvorhaben zur Verfügung stehen.</p> <p>Sofern die obigen Anforderungen an die Löschwasserversorgung nicht hinreichend erfüllt werden können, müssen andere Möglichkeiten, zum Beispiel durch unterirdische Löschwasserbehälter, -brunnen, -teiche bzw. bei zu großen Entfernungen weitere Hydranten erwogen werden.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 12 „Brandschutz“ in der Begründung ergänzt.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.09	<p>Die Verkehrswege im Plangebiet sind nach den „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen. Das bedeutet, dass die Befestigung der Zufahrt mindestens der Straßen-Bauklasse VI (Richtlinie für Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen - RStO 01) entsprechen muss. Anstelle von DIN 1055-3:2006-03 ist DIN EN 1991-1-1 :2010-12 in Verbindung mit DIN EN 1991 -1-1/NA:2010-12 anzuwenden. Die Zufahrt ist mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-210x594 „Feuerwehruzufahrt“ zu kennzeichnen.</p> <p>Für bauliche Anlagen, die durch die vorgesehene Feuerwehruzufahrt private Verkehrsfläche erschlossen werden und die ganz oder in Teilen mehr als 50 Meter von der öffentlichen oder tatsächlich öffentlich genutzten Verkehrsfläche entfernt liegt liegen, sind im Verlauf der Feuerwehruzufahrt privaten Verkehrsflächen bzw. an deren Ende Bewegungsflächen für die Feuerwehr vorzusehen, die innerhalb dieses 50-Meter-Radius' liegen und von denen aus ein Löschangriff vorgetragen werden kann. Die Bewegungsfläche ist mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-210x594 „Fläche für die Feuerwehr“ zu kennzeichnen. Sie muss eine jederzeit deutlich sichtbare Randbegrenzung haben.</p> <p>Bewegungsflächen können auch im Rahmen der jeweiligen Baugenehmigungsverfahren durch die Bauherren auf ihren Grundstücken nachgewiesen werden, jedoch geht die dann zu versiegelnde Fläche von ca. 84 m2 zu Lasten der BGF-II des Grundstückes.</p> <p>Die Bewegungsflächen sind nach den „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen (vgl. Liste der eingeführten techn. Baubestimmungen, Anlage 7.4/1 Nr. 1) und, sofern sie. nicht einem</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 12 „Brandschutz“ in der Begründung ergänzt.</p>

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr.

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	einzelnen Grundstück zugeordnet sind, durch die Gemeinde Linthe als Hoheitsträger und Träger des Brandschutzes mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-210x594 „Fläche für die Feuerwehr" zu kennzeichnen. [§ 5 (1) und (2) BbgBO]	

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.10	<p>Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p>Für den Bereich des Plangebietes selbst sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Aufgrund der siedlungstopographisch günstigen Lage und der Kenntnis bekannter Bodendenkmale in der unmittelbaren Umgebung kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch im Planbereich Bodendenkmale befinden.</p> <p>Es wird deshalb empfohlen, möglichst frühzeitig eine archäologische Bestandsanalyse durchzuführen, die Aufschluss über vorhandene Bodendenkmale geben kann.</p> <p>Eine solche Bestandsanalyse kann zunächst unaufwendig und kostengünstig in einer oberflächigen Prospektion, wenn möglich nach Pflügen und Abregnenlassen, des Areals bestehen. In einer nächsten Intensitätsstufe können Sondageschnitte - lediglich unter Humusabnahme bis auf das anstehende Substrat - schnell und zuverlässig eine Beurteilung der im Schnell und zuverlässig eine Beurteilung der im Boden verborgenen Bodendenkmalstrukturen erlauben.</p> <p>Sobald es konkrete Pläne der inneren Erschließung und der Standorte der erforderlichen sonstigen Anlagen vorliegen, wird um Übersendung dieser gebeten, um evtl. erforderliche archäologische Untersuchungen abstimmen zu können.</p> <p>Nach Abschluss der archäologischen Bestandsanalyse wird die Untere Denkmalschutzbehörde in Abstimmung mit der Denkmalfachbehörde eine abschließende Stellungnahme abgeben.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 4.2 „Flächen und Objekte des Denkmalschutzes“ in der Begründung ergänzt.</p> <p>Der Hinweis auf eine Vorabuntersuchung (Prospektion) in Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden wurde an den Vorhabenträger weitergeleitet.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.11	<p>Öffentliches Recht</p> <p>Der nach § 12 Abs. 1 BauGB zu erstellende vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus den drei wesentlichen Elementen Vorhaben- und Erschließungsplan, Durchführungsvertrag und Bebauungsplan.</p> <p>Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Dies heißt nicht, dass ein Vorhaben- und Erschließungsplan in jedem Fall als körperlich selbständiges Dokument vorliegen muss. Jedoch ist diese Vorgehensweise nur dann mit § 12 BauGB vereinbar, wenn klargestellt wird, dass der Bebauungsplan mit dem VEP identisch sein soll.</p> <p>In den eingereichten Planunterlagen gibt es keine Informationen zum Vorhaben- und Erschließungsplan sowie dem Durchführungsvertrag.</p> <p>„Der Durchführungsvertrag ist nicht Teil des Bebauungsplanes und nicht seiner Begründung und muss bzw. darf dem Bebauungsplan oder seiner Begründung - auch nicht im sinngemäßen Wortlaut - allenfalls mit Zustimmung des Vorhabenträgers beigelegt werden. Der Durchführungsvertrag ist auch nicht Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Andernfalls muss die Begründung auf den Durchführungsvertrag eingehen. Sie muss insbesondere auf das Erfordernis der Durchführung der Baumaßnahme und der Erschließung sowie auf die Verpflichtung des Vorhabenträgers hierzu eingehen. Im Übrigen muss alles, was mit dem Durchführungsvertrag in Zusammenhang steht in die Begründung eingehen, soweit es für die planerische Abwägung von Bedeutung ist.“</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der Vorhaben- und Erschließungsplan ist im vorliegenden Fall mit der Planzeichnung identisch. Das wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Planurkunde im Planstempel ausdrücklich als „Vorentwurf und Vorhaben- und Erschließungsplan“ bezeichnet ist.</p> <p>Vorhabentypische Inhalte, wie z.B. die Eintragung der geplanten Modulreihen und die Ansichten der geplanten PV-Anlage sind ebenfalls vorhanden.</p> <p>Der Durchführungsvertrag ist nicht Bestandteil der auszulegenden Unterlagen und soll zwischen Vorhabenträger und Gemeinde vor dem Satzungsbeschluss geschlossen werden.</p>

TöB-Nr.: 1	Name: Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00895-21-60)	Datum: 22.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1.12	Unter dem Punkt 9.1 Verkehrserschließung wird darüber informiert, dass die Erschließung für die Geltungsbereichsflächen über die Flurstücke des Bebauungsplanes „PV-Anlage Alt Bark/Neuendorf“ der Gemeinde Linthe erfolgt. Auch in der Übersichtskarte ist erkennbar, dass nördlich des in Rede stehenden Bebauungsplanes eine weitere Planung erfolgt. Es wird darauf hingewiesen, dass dem Landkreis diese Planung bisher noch nicht vorliegt. Auch sollte der benachbarte Bebauungsplan in der Begründung näher erläutert werden.	Wird berücksichtigt. Die Beteiligung des Landkreises zum benachbarten Bebauungsplan der Gemeinde Linthe ist erfolgt, auf die Aufstellung wird in der Begründung bereits hingewiesen.

TöB-Nr.: 2	Name: Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (AZ: 6dk_9179_xh)	Datum: 25.02.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
2.01	<p>In dem in Erarbeitung befindlichen Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sollen auch Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt werden. Das Plangebiet „PV-Anlage Neuendorf / Alt Bork“ überschneidet ca. 1,8 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, für die eine solche Festlegung in Betracht gezogen wird. Ziel der Vorrangfestlegung ist es, die landwirtschaftliche Bodennutzung, insbesondere auf den Flächen, die sowohl ertragreiche als auch ertragsstabile Bodeneigenschaften aufweisen, zu sichern.</p> <p>Andere flächenbeanspruchende Nutzungen sollen auf für die landwirtschaftliche Produktion weniger bedeutsame Standorte gelenkt werden. Als ertragreich geltende Ackerflächen mit einer Ackerzahl von mindestens 28, was in der Region Havelland-Fläming eine durchschnittliche Bodenqualität darstellt. Ertragsstabil sind Böden, die eine höhere Resilienz gegenüber Austrocknung besitzen, d.h. die ein hohes Bodenwasserspeichervermögen und einen niedrigen Grundwasserflurabstand aufweisen. Als vorrangwürdig gelten weiterhin landwirtschaftliche Flächen mit Dauerkulturanbau und Ackerflächen, die mit einer Bewässerungsinfrastruktur ausgestattet sind und beregnet werden.</p> <p>In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft soll die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis nach § 17 Bundes-Bodenschutzgesetz Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen haben. Zulässig sind raumbedeutsame Vorhaben, die einem landwirtschaftlichen Betrieb oder der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Flächen dienen. Ausnahmen von der Regelung sind unter der Voraussetzung möglich, dass das raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (www.umweltbundesamt.de). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv</p>

TöB-Nr.: 2	Name: Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (AZ: 6dk_9179_xh)	Datum: 25.02.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	<p>geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird. Es wird darüber hinaus auch erwogen, für PV-Anlagen entlang von Autobahnen Ausnahmen zuzulassen.</p> <p>Im weiteren Planverfahren sollten die Belange der landwirtschaftlichen Bodennutzung, insbesondere für die Teile des Plangebiets, die für eine Festlegung als Vorrangfläche Landwirtschaft in Betracht kommen, mit besonderem Gewicht berücksichtigt werden.</p>	<p>landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Durch diese Trassenbindung werden die Potentialflächen auf dem Gebiet einer Gemeinde bereits stark eingeengt, so dass im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen für eine förderfähige Nutzung nur ausgewählte Flächen in Frage kommen.</p> <p>Die von einem potentiellen Vorranggebiet Landwirtschaft betroffene Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden. Der Verlust landwirtschaftlicher Fläche besteht für die Standzeit der geplanten Anlage, nach dem Rückbau ist eine landwirtschaftliche Nutzung der Fläche (mit verbesserten Bodenfunktionen) prinzipiell wieder möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Klimaziele und der angeführten Argumente ist eine (zeitweise) Inanspruchnahme der Flächen vertretbar.</p> <p>Die Ausführungen werden teilweise im Kapitel 1 „Aufgabenstellung und städtebauliches Erfordernis“ in der Begründung ergänzt.</p>

TöB-Nr.: 3	Name: Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0710/2018)	Datum: 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
3.01	<p>Der nördliche Teil des Plangebietes befindet sich im Randbereich des Freiraumverbundes gemäß Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen.</p> <p>Durch die beabsichtigte Planung ist unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten. Dem Vorhaben Freilandsolaranlage stehen somit keine Ziele der Raumordnung entgegen, es ist einschließlich der für diese Fläche im Parallelverfahren erforderlichen FNP-Änderung an die Ziele der Raumordnung angepasst.</p>	Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.
3.02	<p>Wir verweisen jedoch auf den Grundsatz G 6.1 Abs. 2 LEP HR, wonach der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen ist. In der Abwägung ist dies hinreichend darzulegen.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass gegenwärtig Vorentwürfe für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 erarbeitet werden, der u.a. Festlegungen zur landwirtschaftlichen Bodennutzung in Form von Vorranggebieten Landwirtschaft treffen soll. Die Fläche des geplanten Solarparks liegt in einer Größe von ca. 1,8 ha innerhalb von Flächen, die für eine Festlegung als Vorranggebiete Landwirtschaft in Frage kommen. Eine Aufstellung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen stünden hier im Widerspruch zu den geplanten Vorranggebieten Landwirtschaft. Im weiteren Vorgehen wäre daher aus Sicht der Regionalplanung</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (www.umweltbundesamt.de). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre</p>

TöB-Nr.: 3	Name: Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0710/2018)	Datum: 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	insbesondere eine Abwägung mit den Belangen der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der vergleichsweise günstigen Standortbedingungen vorzunehmen. Wir empfehlen eine Abstimmung mit der Regionalen Planungsgemeinschaft.	<p>benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Durch diese Trassenbindung werden die Potentialflächen auf dem Gebiet einer Gemeinde bereits stark eingeengt, so dass im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen für eine förderfähige Nutzung nur ausgewählte Flächen in Frage kommen.</p> <p>Die von einem potentiellen Vorranggebiet Landwirtschaft betroffene Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der</p>

TöB-Nr.: 3	Name: Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0710/2018)	Datum: 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden. Der Verlust landwirtschaftlicher Fläche besteht für die Standzeit der geplanten Anlage, nach dem Rückbau ist eine landwirtschaftliche Nutzung der Fläche (mit verbesserten Bodenfunktionen) prinzipiell wieder möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Klimaziele und der angeführten Argumente ist eine (zeitweise) Inanspruchnahme der Flächen vertretbar.</p> <p>Die Ausführungen werden teilweise im Kapitel 1 „Aufgabenstellung und städtebauliches Erfordernis“ in der Begründung ergänzt.</p>

TöB-Nr.: 4	Name: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (AZ: ohne)	Datum: 02.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
4.01	<p>Schutzgut Bodendenkmale</p> <p>Im engeren Bereich des genannten Vorhabens selbst sind zwar bisher keine Bodendenkmale bekannt geworden, doch besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens im Sinne einer begründeten Vermutung. Diese lässt sich einerseits aufgrund der Nähe zu bekannten Bodendenkmalen konstatieren, deren konkrete Ausdehnung unbekannt ist, sowie andererseits - per Analogieschluss - wegen der siedlungstopographisch für ur- und frühgeschichtliche Perioden typischen Lage des Planareals am Niederungsrand.</p> <p>1. Für den Fall, dass Bodendenkmale vorhanden sind, sind diese den Schutzbestimmungen nach §§ 2 Abs. 2 Nr. 4, 3 Abs. 1, 7 Abs. 1 und 2 sowie 11 Abs. 3 BbgDSchG unterworfen. Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind dokumentationspflichtig (§§ 9 Abs. 3 und 11 Abs. 3 BbgDSchG). Erdarbeiten im Bereich eines Bodendenkmals sind daher ggf. durch einen vertraglich zu bindenden Archäologen bzw. eine archäologische Fachfirma zu begleiten. Der verpflichtete Archäologe / die Firma ist, wie auch der Termin des Beginns der Erdarbeiten, der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum rechtzeitig (mind. 10 Tage vorher) mitzuteilen. Nach Maßgabe §§ 7 Abs. 3 und 11 Abs. 3 BbgDSchG sind die Kosten im Rahmen des Zumutbaren vom Veranlasser des Vorhabens zu tragen.</p> <p>2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 4.2 „Flächen und Objekte des Denkmalschutzes“ in der Begründung ergänzt.</p> <p>Der Hinweis auf eine Vorabuntersuchung (Prospektion) in Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden wurde an den Vorhabenträger weitergeleitet.</p>

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr.

TöB-Nr.: 4	Name: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (AZ: ohne)	Datum: 02.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	Zur eigenen Planungssicherheit - es geht letztlich um Art und Umfang der Bebaubarkeit des Planungsareals - empfehlen wir in einem solchen Falle dringend eine archäologische Bestandsanalyse. Nach Abschluss der Bestandsanalyse wird die Denkmalfachbehörde hinsichtlich der ggf. weiteren notwendigen archäologischen Maßnahmen umgehend eine abschließende Stellungnahme abgeben.	

TöB-Nr.:	6	Name:	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (AZ: 74.21.48-9-425)	Datum:	11.03.2021
-----------------	----------	--------------	---	---------------	-------------------

Ifd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
6.01	<p>Erdgasspeicher/Untergrundspeicher</p> <p>Das o.g. Planungsgebiet befindet sich vollständig im Beeinflussungsbereich des Erdgasspeichers/Untergrundspeichers Berlin der Berliner Erdgasspeicher GmbH im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (siehe Übersichtskarte, Anlage). Bedingt durch den Speicherbetrieb sind großflächig um den Speicherstandort an der Erdoberfläche Bodenbewegungen feststellbar. Aufgrund ihrer gleichförmigen Ausprägung und großflächigen Ausbreitung führen diese im Regelfall jedoch zu keinen Nutzungseinschränkungen an der Erdoberfläche.</p> <p>Die Berliner Erdgasspeicher GmbH, Glockenturmstr. 18, 14053 Berlin, hat den Betrieb des Berliner Erdgasspeichers/Untergrundspeichers im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und somit die Vermarktung von Speicherkapazitäten bereits zum 01.04.2017 eingestellt.</p> <p>Der Prozess der Stilllegung wird sich allerdings über viele Jahre erstrecken (Restgasabführung, Monitoring, Rückbau etc.).</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird im Kapitel 14 „Hinweise“ in der Begründung ergänzt.</p> <p>Die Berliner Erdgasspeicher GmbH wird im Rahmen der förmlichen Beteiligung in das Verfahren einbezogen.</p>

TöB-Nr.: 7	Name: Landesamt für Umwelt (AZ: LFU-TOEB-3700/730+8#98901/2021)	Datum: 19.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
7.01	<p>Belang Immissionsschutz</p> <p>Die mögliche Blendwirkung des Vorhabens besteht ausschließlich für die Nutzer der Autobahn BAB A9. Für die Straßennutzung besteht ebenfalls keine Zuständigkeit beim LfU. Daher ist das Erfordernis der Untersuchung einer möglichen Blendwirkung auf die Nutzer der. BAB A9 als Hinweis aufzufassen.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Mit Datum vom 23.08.2021 liegt ein Fachgutachten zur Bewertung der Blendwirkung durch Reflexion an PV-Modulen für das geplante Vorhaben vor (Gesellschaft für Solarenergie Berlin mbH).</p> <p>Eine Blendung durch die geplante PV-Anlage an Fahrzeugen auf der Autobahn kann gutachterlich nur unter Anwendung von Blendschutzmaßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Ergebnis des Gutachtens werden verschiedene bauliche Varianten (z.B. Sichtschutzzaun) vorgeschlagen, die die erforderliche Sichtunterbrechung gewährleisten. Als Alternative zu den vorgeschlagenen Maßnahmen kann eine blendfreie Gestaltung der geplanten Anlage auch durch eine alternative Ausrichtung der Modulreihen erreicht werden. Dabei werden die Module nicht wie üblich, in Richtung Süden (Azimutwinkel 180°) ausgerichtet, sondern durch Drehung um 30° in Richtung Südosten (Azimutwinkel 150°) quasi parallel zur Autobahn angeordnet.</p> <p>Die gutachterliche Simulation hat für diese Ausrichtungsvariante keine Blendung ergeben.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird auf diese alternative Ausrichtung abgestellt, die in der Planzeichnung eingetragenen Modulreihen werden entsprechend angepasst.</p>
7.02	<p>Wasserwirtschaft</p> <p>Das Plangebiet grenzt im Südwesten an den Brück-Neuendorfer Kanal, ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der zuständige Gewässerunterhaltungsverband, der Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz wurde ordnungsgemäß am Verfahren beteiligt und hat mit Datum vom 01.03.2021 eine Stellungnahme abgegeben.</p>

TöB-Nr.: 7	Name: Landesamt für Umwelt (AZ: LFU-TOEB-3700/730+8#98901/2021)	Datum: 19.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
7.03	Da der Bereich des Vorhabens Gewässerrandstreifen einschließt, wird auf § 38 WHG hingewiesen. Die Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).	Wird berücksichtigt. Der Hinweis wird im Kapitel 4.3 „Geschützte Gebiet nach Naturschutzrecht und Wasserrecht“ in der Begründung ergänzt.
7.04	Mit dem Brück-Neuendorfer Kanal grenzt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer an das Plangebiet. Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.	Wird berücksichtigt. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans erfolgt mit der Errichtung der PV-Anlage eine Umwandlung einer bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche in ein extensiv genutztes Grünland. Mit der Umwandlung wird es zu einer Verbesserung der Bodenfunktionen und zu einer Aufwertung in Bezug auf das Nahrungsangebot für diverse Tierarten kommen. Weitere positive Auswirkungen, die auch das angrenzende Gewässer betreffen, sind durch das Unterbleiben des Eintrags von Dünger und Pflanzenschutzmitteln, mindestens für die Laufzeit der Anlage, zu erwarten. Durch die Errichtung der PV-Anlage sind keine negativen Auswirkungen auf das angrenzende Gewässer zu erwarten, da die Versiegelung im Plangebiet gering ist (Rammprofile, geschotterte Wege, Trafos) und von der Anlage keine schädlichen Emissionen (Geruch, Lärm, Schadstoffe) ausgehen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass das Vorhaben den Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes in Bezug auf das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot entspricht, der vorgeschriebene Gewässerrandstreifen wird eingehalten.

TöB-Nr.: 7	Name: Landesamt für Umwelt (AZ: LFU-TOEB-3700/730+8#98901/2021)	Datum: 19.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
7.05	Der Brück-Neuendorfer Kanal liegt zwar außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans, sollte aber in der Planzeichnung deutlich als Gewässer erkennbar sein. Entlang des Gewässers verläuft die Baugrenze in einem Abstand von 5 Metern und berücksichtigt somit den von Bebauung freizuhaltenden Gewässerrandstreifen. Wünschenswert wäre eine entsprechende Kennzeichnung als Gewässerrandstreifen in der Planzeichnung.	Wird berücksichtigt. Der Gewässerrandstreifen wird als Fläche, die von einer Bebauung freizuhalten ist (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB) auf der Planzeichnung festgesetzt.
7.06	Gern. GEK ist im Geltungsbereich des Bebauungsplans als Maßnahme eine angepasste und bedarfsgerechte ökologische Gewässerunterhaltung vorgesehen.	Wird berücksichtigt. Gemäß den Ausführungen im Punkt 7.04 wird davon ausgegangen, dass das geplante Vorhaben eine angepasste und bedarfsgerechte ökologische Gewässerunterhaltung ermöglicht bzw. diese unterstützt.

TöB-Nr.: 9	Name: Die Autobahn GmbH des Bundes (AZ: NL NOO/C5-KM-714.3)	Datum: 31.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
9.01	<p>Der Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes befindet sich südöstlich der Autobahn(A) 9. Er erstreckt sich auf eine Länge von etwa 300 m unmittelbar angrenzend an die bundeseigenen Straßengrundstücke. Die Green City AG aus München beabsichtigt auf dieser Fläche eine Freiflächen-Photovoltaikanlage nebst Trafoanlage und Einfriedung zu errichten und zu betreiben.</p> <p>Der betreffende Autobahnabschnitt ist sechsstreifig mit Standstreifen ausgebaut. Künftig werden an der Autobahn bauliche Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen entsprechend den Erfordernissen durchgeführt.</p> <p>Grundsätzlich gelten wie für alle baulichen Anlagen neben Autobahnverkehrsflächen auch für den geplanten Solarpark die anbaurechtlichen Regelungen des FStrG. Gemäß den Festlegungen des § 9 Abs. 1 und 2 FStrG sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Errichtung von Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt (Anbauverbotszone) sowie • die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig (Anbaubeschränkungszone). <p>Die Darstellung der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone ist in die zeichnerische Darstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufzunehmen.</p> <p>Weiterhin bitten wir darum, den Hinweis, dass konkrete Bauvorhaben in der Anbaubeschränkungszone einer Zustimmung durch das Fernstraßen-Bundesamt bedürfen, in den textlichen Teil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufzunehmen.</p>	<p>Wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Ein Eintrag in die Planzeichnung erfolgt nicht, die entsprechenden Hinweise auf die straßenrechtlichen Anbauverbote und die erforderliche Zustimmung werden unter III. „Hinweise und nachrichtliche Übernahmen“ auf der Planzeichnung ergänzt.</p>

TöB-Nr.: 9	Name: Die Autobahn GmbH des Bundes (AZ: NL NOO/C5-KM-714.3)	Datum: 31.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
9.02	<p>Die neu geplanten hochbaulichen Anlagen der Photovoltaikanlage (Einfriedung, aufgeständerte Solarmodule, Trafostationen u.ä.) haben den genannten straßenrechtlichen Abstandsforderungen des § 9 FStrG zu entsprechen. Die im Bebauungsplanentwurf festgelegte Baugrenze hat einen Abstand von nur 20 m zur südöstlichen Fahrbahnkante der A 9. Damit ist das in § 9 Abs. 1 FStrG festgelegte Anbauverbot nicht eingehalten, so dass der Bebauungsplan in der vorgelegten Form abgelehnt wird.</p> <p>Die straßenrechtlichen Festlegungen des § 9 FStrG sind in der Begründung zum Bebauungsplanentwurf unter Punkt 4.5 zutreffend wiedergegeben und müssen eingehalten werden. Die nach § 9 Abs. 8 FStrG erwähnte Ausnahme vom Bauverbot kann für das geplante Vorhaben nicht in Betracht kommen, da es sich hierbei um ein Neubauvorhaben handelt und somit die Durchführung der Vorschriften (Einhaltung Anbauverbot) eben zu keiner vom Gesetzgeber offenbar nicht beabsichtigten Härte führt. Da diese Voraussetzung schon nicht gegeben ist, ist eine Prüfung, ob die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichungen erfordern, entbehrlich. Die aufgeführten Argumente zur Begründung einer Reduktion der Bauverbotszone können daher nicht in eine Prüfung eingestellt werden.</p> <p>Die Baugrenze ist zu modifizieren, so dass das straßenrechtliche Anbauverbot Beachtung findet. Bei Festlegung der Baugrenze auf einen Abstand von 40 m zur befestigten Fahrbahnaußenkante ist bei Berücksichtigung erforderlicher Nebenbestimmungen die straßenrechtliche Zustimmung zum Bebauungsplan möglich.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Baugrenze wird an die straßenrechtlichen Anbauverbote gemäß § 9 FStrG angepasst, so dass ein durchgängiger Abstand zur Grenze der befestigten Fahrbahn von 40 Metern eingehalten wird.</p>

TöB-Nr.: 9	Name: Die Autobahn GmbH des Bundes (AZ: NL NOO/C5-KM-714.3)	Datum: 31.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
9.03	<p>Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass die innerhalb der Freiflächen-Photovoltaikanlage geplanten Solarmodule so aufgebaut und durch geeignete Maßnahmen abgeschirmt werden müssen, dass jegliche durch sie hervorgerufene Blendwirkung für den Autobahnverkehr ausgeschlossen ist. Zum Blendschutz sollte ein entsprechendes Fachgutachten bereits im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erstellt werden. Bei künftigen negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit (Unfallhäufung) müssen geeignete Maßnahmen zur vollständigen Beseitigung von Blendungen für Autobahnbenutzer vom Betreiber des künftigen Solarparks ergriffen bzw. realisiert werden.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Mit Datum vom 23.08.2021 liegt ein Fachgutachten zur Bewertung der Blendwirkung durch Reflexion an PV-Modulen für das geplante Vorhaben vor (Gesellschaft für Solarenergie Berlin mbH).</p> <p>Eine Blendung durch die geplante PV-Anlage an Fahrzeugen auf der Autobahn kann gutachterlich nur unter Anwendung von Blendschutzmaßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Ergebnis des Gutachtens werden verschiedene bauliche Varianten (z.B. Sichtschutzzaun) vorgeschlagen, die die erforderliche Sichtunterbrechung gewährleisten. Als Alternative zu den vorgeschlagenen Maßnahmen kann eine blendfreie Gestaltung der geplanten Anlage auch durch eine alternative Ausrichtung der Modulreihen erreicht werden. Dabei werden die Module nicht wie üblich, in Richtung Süden (Azimutwinkel 180°) ausgerichtet, sondern durch Drehung um 30° in Richtung Südosten (Azimutwinkel 150°) quasi parallel zur Autobahn angeordnet.</p> <p>Die gutachterliche Simulation hat für diese Ausrichtungsvariante keine Blendung ergeben.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird auf diese alternative Ausrichtung abgestellt, die in der Planzeichnung eingetragenen Modulreihen werden entsprechend angepasst.</p>

TöB-Nr.: 9	Name: Die Autobahn GmbH des Bundes (AZ: NL NOO/C5-KM-714.3)	Datum: 31.03.2021
-------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
9.04	Das Baugebiet befindet sich sehr nah an der Autobahn. Eine Bebauung dieser autobahnnahen Bereiche ist trotz der dem Stand der Technik entsprechenden Sicherheitsausstattung der A 9 nicht gefahrlos. Außerdem können in der Zukunft bei Autobahnbaumaßnahmen keine Bautechnologien, die Vibrationen in den Boden eintragen, ausgeschlossen werden. Deshalb dürfen zu keiner Zeit Ansprüche für Schäden, die durch von der Autobahn abirrende Gegenstände oder abkommende Fahrzeuge oder Autobahnbaumaßnahmen an der geplanten Solaranlage entstehen, gegenüber der Bundesstraßenverwaltung geltend gemacht werden.	Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.
9.05	In der vorliegenden Form wird dem Bebauungsplan „PV-Anlage Neuendorf / Alt Bork“ aus straßenrechtlichen Gründen nicht zugestimmt. Es ist eine Modifizierung der Planunterlagen insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung der Anbauverbotszone (§ 9 Abs. 1 FStrG) vorzunehmen. Auch die übrigen genannten Sachverhalte sind bei der weiteren Aufstellung des verbindlichen Bauleitplanes zu beachten und darin in geeigneter Weise aufzunehmen.	Wird berücksichtigt. Die Baugrenze wird zur Einhaltung der Anbauverbote angepasst (vgl. 9.02), die weiteren Hinweise werden ebenfalls berücksichtigt.

TöB-Nr.: 12	Name: Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	Datum: 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
12.01	<p>Photovoltaik (PV) ist eine effiziente Technologie zur Stromerzeugung und bildet einen Eckpfeiler zur Erreichung der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele.</p> <p>Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt deshalb der weitere naturverträgliche Ausbau von PV-Anlagen für das Erreichen dieser Ziele und zur Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle. Aufgrund dessen müssen naturschutzfachliche Belange bei der Standortwahl je nach standortspezifischen Gegebenheiten, hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden.</p> <p>Zum Schutz von Natur- und Landschaft sollten v.a. Flächenkapazitäten im Innenreich (Wohn-, Industrie- u. Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden. Auch ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten, Streuobstwiesen), landwirtschaftlich hochwertige Flächen und landschaftlich exponierte Flächen sind für die Bebauung von PV-Anlagen auszusparen.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (www.umweltbundesamt.de). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für</p>

TöB-Nr.: 12	Name: Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	Datum: 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Ökologisch hochwertige Flächen werden nicht in Anspruch genommen, in Bezug auf das Schutzgut Fauna ist festzustellen, dass die Fläche durch den kontinuierlichen Straßenlärm der angrenzenden Bundesautobahn A 9 vor allem als Lebensraum für Vögel nur eine eingeschränkte Funktion besitzt.</p>
12.02	<p>Freiflächensolaranlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Durch PV-Freiflächenanlagen werden Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt.</p> <p>Mit der Errichtung und Nutzung des Solarparks wird in die Schutzgüter Boden, Wasser, Klima und Luft sowie Tiere und Pflanzen nicht unerheblich eingegriffen.</p> <p>Mit der Überbauung offener und brachliegender Bodenbereiche erfährt das Gebiet selbst als auch die angrenzenden Offenlandbereiche eine nicht abzuschätzende Veränderung im Artenspektrum.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die mit der Errichtung der geplanten PV-Anlagen einhergehenden Eingriffe in die einzelnen Schutzgüter werden im Umweltbericht beschrieben und gemäß der Handlungsempfehlung Brandenburg ordnungsgemäß bilanziert.</p> <p>Im Ergebnis ist festzustellen, dass durch die Umwandlung von intensiv genutzten Landwirtschaftsflächen in extensives Grünland für die Schutzgüter Boden und Flora eine naturschutzfachliche Aufwertung erfolgt. Die Auswirkungen auf die Schutzgüter Klima und Luft sowie auf den Wasserhaushalt sind nicht erheblich. Durch die PV-Anlage wird es zu einer Veränderung des Artenspektrums kommen, für viele Arten wird sich aber eine Verbesserung des Nahrungsangebots einstellen (z.B. Insekten, Vögel, Kleinsäuger), der Bereich der Anlage wird Lebensraum für Arten schaffen, die hier bisher nicht vorkommen.</p>

TöB-Nr.: 12	Name: Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	Datum: 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
12.03	<p>Aus den vorliegenden Unterlagen ist zu entnehmen, dass das Plangebiet sich außerhalb von Schutzgebieten befindet und direkt an die Autobahn A 9 grenzt. Die Planung kommt zu dem Schluss, dass durch die Lage und die Bewirtschaftung es zu keinen nennenswerten Konflikten aus Artenschutzsicht kommt. Allerdings bezog sich die Betrachtung nur auf die Artengruppen Säugetiere, Amphibien, Libellen und Schmetterlinge. Eine Beurteilung der Vögel fand nicht statt. Ob und in welchem Masse hier die PV-Anlage Auswirkungen auf den Vogelzug, insb. für anfliegende Gänse, Kraniche u.a. haben kann, können wir nicht einschätzen.</p> <p>Durch Vortäuschung einer Wasserfläche und Verwechslung mit nahen umliegenden Wasserflächen kann es zu Irritationen der Vögel kommen. Aufgrund der unmittelbaren Nähe der Planfläche zur BAB A 9 kann diese, vor allem bei nächtlichem Anflug und den häufigen Schlechtwetterverhältnissen im Frühjahr, Herbst und Winter durch Nebel, Regen und Schnee ein Kollisionsrisiko für Kraniche, Gänse und andere Zugvögel darstellen.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Betrachtung der für das Plangebiet relevanten Vogelarten (Feld- und Bodenbrüter) ist im Artenschutzfachbeitrag Bestandteil der Planunterlagen (Umweltbericht, Kapitel 5).</p> <p>Eine Bestandsaufnahme und Einschätzung zu Zug- und Rastvögeln wird im Kapitel 5.3 des Umweltberichtes ergänzt.</p>
12.04	<p>Ein verbindlicher Rückbau der Anlage nach Ablauf der Lebensdauer mit Hinterlegung von Sicherungsleistungen ist zu gewährleisten. Es muss unveränderlich festgeschrieben werden, dass das überplante Gelände nicht für eine andere bauliche Nutzung geöffnet wird.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Eine Umwandlung in Ackerland nach Nutzungsende und Rückbau der Anlage ist grundsätzlich möglich.</p> <p>Zwischen Vorhabenträger und Gemeinde ist vor dem Satzungsbeschluss ein Durchführungsvertrag zu schließen, der die Grundlage für entsprechende Regelungen zur Nutzungsdauer und zum Rückbau bietet.</p>

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr.

TöB-Nr.: 12	Name: Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	Datum: 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
12.05	Der Schutz der Biodiversität ist ein Gemeinwohlziel, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten und dementsprechend zu entwickeln.	Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.

TöB-Nr.: 16	Name: Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“ (AZ: 0210-21_PV Anlage Alt Bork)	Datum: 08.04.2021
--------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
16.01	<p>An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten.</p> <p>Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinentechnik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben.</p> <p>Nach § 41 Abs. 2 WHG sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Der Gewässerrandstreifen wird als Fläche, die von einer Bebauung freizuhalten ist (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB) auf der Planzeichnung eingetragen.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 7.5 „Von Bebauung freizuhaltende Flächen“ in der Begründung ergänzt.</p>
16.02	<p>Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die schadloße Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen.</p>	<p>Wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Durch die Errichtung der PV-Anlage findet bilanziell keine Änderung in Bezug auf den Niederschlagswasserabfluss statt, die Versiegelung der Flächen durch die Rammprofile, geschotterte Wege und Trafostationen ist gering.</p> <p>Aufgrund der Modulgröße können normale Niederschlagsmengen über die Abtropfkanten schadlos versickern. Ausspülungen des Bodens sind aufgrund des deckenden Bodenbewuchses dabei nicht zu erwarten. Bei stärkeren oder extremen Niederschlägen wird das Niederschlagswasser auch außerhalb der Abtropfkanten von den Modulen abfließen und sich somit besser verteilen.</p>

TöB-Nr.: 16	Name: Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“ (AZ: 0210-21_PV Anlage Alt Bork)	Datum: 08.04.2021
--------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
16.03	<p>Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p> <p>Während der Bauzeit ist der schadlose Wasserabfluss zu gewähren. Bei Problemen ist unverzüglich der WBV Nuthe-Nieplitz zu benachrichtigen. Auftretende Schäden sind vom Verursacher bzw. auf dessen Kosten zu beseitigen.</p> <p>Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.</p>	<p>Wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden im Kapitel 7.5 „Von Bebauung freizuhaltende Flächen“ in der Begründung ergänzt.</p>
16.04	<p>Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf als senkrechte Stirnwände zu errichten, mit der Oberkante ebenerdig. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung gerade anzuarbeiten.</p> <p>Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.</p>	<p>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</p> <p>Das betreffende Gewässer ist vom Vorhaben nicht betroffen, Querungen oder Ähnliches sind nicht vorgesehen.</p>

TöB-Nr.: 16	Name: Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“ (AZ: 0210-21_PV Anlage Alt Bork)	Datum: 08.04.2021
--------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
	Bei erforderlichen Böschungssicherungen sind diese mit Wasserbausteinen auszuführen und anschließend zu verfestigen, zu verdichten bzw. packen. Die Lage Wasserbausteine ist mit 20 cm Mutterboden derart zu überdecken, dass ein Böschungsplanum mit der heranlaufenden Böschung besteht und Rasenansaat.	
16.05	<p>Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und -richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.</p> <p>Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich (gem. BauGB) ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich (gem. BauGB) 1,0 m ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.</p>	<p>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</p> <p>Das betreffende Gewässer ist vom Vorhaben nicht betroffen, Leitungsverlegungen im Bereich des Gewässers sind nicht vorgesehen.</p>

TöB-Nr.: 25	Name: PLEdoc GmbH (AZ: 20210201653)	Datum: 09.02.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
25.01	Wir weisen darauf hin, dass gemäß unseren Unterlagen in dem von Ihnen angefragten Bereich eine Produktenleitung / Kabelschutzrohranlage verläuft, die von nachfolgender Gesellschaft beauskunftet wird: GasLINE Trasse in Zuständigkeit der NGN Fiber Network KG Buchertsgasse 5 97633 Aubstadt	Wird berücksichtigt. Die GasLINE wird im Rahmen der förmlichen Beteiligung in das Verfahren einbezogen.

Tabelle 5: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Tabelle 6: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
5	Landesamt für Bauen und Verkehr	09.03.2021
8	Landesbetrieb Straßenwesen	05.03.2021
10	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Dippmannsdorf	31.03.2021
11	Zentraldienst der Polizei Brandenburg	01.03.2021
13	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“	19.02.2021
14	Abwasserzweckverband „Planetel“	19.03.2021
17	GDMcom GmbH	25.02.2021
18	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	09.02.2021
19	E.DIS AG	09.02.2021
20	50Hertz Transmission GmbH	09.02.2021
21	Deutsche Telekom Technik GmbH	11.03.2021
22	Enerparc AG	16.02.2021
23	1&1 Versatel Deutschland GmbH	16.02.2021
24	NOTUS energy Plan GmbH & Co. KG	10.02.2021
26	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	09.02.2021
27	saferay operations GmbH	09.02.2021
29	Stadt Beelitz	25.02.2021
30	Gemeinde Borkheide	16.03.2021
31	Gemeinde Linthe	05.03.2021